



**Geschäftsführung
Finanzausschuss**

Frau van Husen-Arandela

Telefon: (0221) 22125024

Fax: (0221) 22123902

E-Mail: Gabriele.vanHusen-
Arandela@Stadt-Koeln.de

Datum: 25.09.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Finanzausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 29.04.2013, 14:30 Uhr bis 16:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Martin Börschel SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD
Herr Werner Böllinger	SPD
Herr Peter Kron	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU
Herr Karsten Möring	CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Jörg Frank	GRÜNE
Frau Kirsten Reinhardt	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Jörg Uckermann	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Claus Ludwig DIE LINKE.

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Berg

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Herr Hans-Jochen Hemsing als Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes

Schriftführerin

Frau Gabriele van Husen-Arandela

Vertreter verschiedener Ämter

Presse

Zuschauer

I. Die Verwaltung zieht vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Punkte zurück:

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.2 Inanspruchnahme der echten Deckungsfähigkeit im investiven Finanzplan, Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze

7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes

7.4 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle : 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.
0868/2013

Nichtöffentlicher Teil

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Neubau einer Ganztagsenerweiterung für die Max-Planck-Realschule,
Planckstr. 14, 51145 Porz
Baubeschluss
1664/2012

II. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

9 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

- 9.1 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0211 -
Wahlen im Haushaltsjahr 2013
1376/2013

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 12.6 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der Kapitalrücklage
0793/2013
- 12.7 Vergabe von Bauüberwacher-, Bauoberleitungs- und Sachverständigenleistungen für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße
0932/2013
- 12.8 Kölner Sportstätten GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1086/2013
- 12.9 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)
1133/2013

- 12.10 Markenprozess Köln
1141/2013
- 12.11 Amt für Informationsverarbeitung: Stellenbedarfe 2013
1345/2013
- 12.12 Abschluss einer neu gefassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
0481/2013
- 12.13 Anregungen der Bezirksvertretungen gem. § 37 Abs. 4 GO
1400/2013

III. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgende, bisher noch nicht in der Tagesordnung vermerkte Drucksachen in der heutigen Sitzung behandelt werden:

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.5 Rheinboulevard
1. Quartalsbericht 2013
0917/2013
- 2.6 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
1358/2013
- 2.7 Änderungs- bzw. Zusatzantrag AN/1021/2012 gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu TOP 8 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012;
hier: Prüfung der Reduzierung der Stadtbezirke
1196/2013
- 2.8 Hochwasserschutzkonzept Köln - Planfeststellungsabschnitt 10 Retentionsraum Worringer Bruch
1297/2013
- 2.10 Bericht zur Sanierung Bühnen Köln
1472/2013

- 2.11 Stand der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse
1397/2013

Nichtöffentlicher Teil

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus, Vondelstr. 4 – 8,
50667 Köln
1189/2013

3 Mitteilungen gemäß § 113 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Der Vorsitzende des Aussichtsrates der Koelnmesse GmbH
1446/2013
- 3.2 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates AG Zoologischer Garten Köln
1447/2013
- 3.3 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
1449/2013
- 3.4 Die Vertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH
1450/2013
- 3.5 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stadtwerke Köln GmbH
1451/2013
- 3.6 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Häfen und Güterverkehr Köln AG
1452/2013

- IV. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 2.1 Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2013
1434/2013
 - 2.2 Inanspruchnahme der echten Deckungsfähigkeit im investiven Finanzplan, Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze
(zurückgezogen)
 - 2.3 Beteiligung an einer Gewerbesteuer-Zerlegung für den Erhebungszeitraum 1986
1006/2013
 - 2.4 Steigende Geburten-, Kinder und Schülerzahlen in Köln lösen erhebliche Mehrbedarfe im Bildungsbereich aus
1158/2013
 - 2.5 Rheinboulevard
1. Quartalsbericht 2013
0917/2013
 - 2.6 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
1358/2013
 - 2.7 Änderungs- bzw. Zusatzantrag AN/1021/2012 gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu TOP 8 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012;
hier: Prüfung der Reduzierung der Stadtbezirke
1196/2013
 - 2.8 Hochwasserschutzkonzept Köln - Planfeststellungsabschnitt 10 Retentionsraum Worringer Bruch
1297/2013

- 2.9 Überprüfung der städt. Mitgliedschaften
1299/2013
- 2.10 Bericht zur Sanierung Bühnen Köln
1472/2013
- 2.11 Stand der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse
1397/2013
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**
- 7.1 Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung zur Gewährung von städtischen Zuschüssen zu Baumaßnahmen
hier: FC Rheinsüd 2010
0241/2013
- 7.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 216 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0451/2013
- 7.3 Fertigstellung der Kanalufersanierung am Stadtwaldweiher
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
0508/2013
- 7.4 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle : 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.
0868/2013
(zurückgezogen)

- 8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 9 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
 - 9.1 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0211 - Wahlen im Haushaltsjahr 2013
1376/2013
- 10 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 11 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 (1), § 83 (1) und § 85 (1) der Gemeindeordnung NRW über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
 - 12.1 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojekts "Wallraf - der Museumsbus" bis 31.10.2013
0823/2013
 - 12.2 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln
2957/2012
 - 12.3 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Umplanung Teilbereich Boulevard
4194/2012
 - 12.4 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152
0736/2013
 - 12.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Liquidation der RC Data
0945/2013
 - 12.6 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der Kapitalrücklage
0793/2013
 - 12.7 Vergabe von Bauüberwacher-, Bauoberleitungs- und Sachverständigenleistungen für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße
0932/2013
 - 12.8 Kölner Sportstätten GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1086/2013

- 12.9 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)
1133/2013
- 12.10 Markenprozess Köln
1141/2013
- 12.11 Amt für Informationsverarbeitung: Stellenbedarfe 2013
1345/2013
- 12.12 Abschluss einer neu gefassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
0481/2013
- 12.13 Anregungen der Bezirksvertretungen gem. § 37 Abs. 4 GO
1400/2013

13 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Mitteilungen der Verwaltung

- 2.1 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus, Vondelstr. 4 – 8, 50667 Köln
1189/2013

3 Mitteilungen gemäß § 113 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Der Vorsitzende des Aussichtsrates der Koelnmesse GmbH
1446/2013
- 3.2 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates AG Zoologischer Garten Köln
1447/2013
- 3.3 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kölner Verkehrs-Betriebe AG
1449/2013
- 3.4 Die Vertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH
1450/2013

- 3.5 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stadtwerke Köln GmbH
1451/2013
- 3.6 Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Häfen und Güterverkehr Köln AG
1452/2013
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 6 Freigabe von neuen Maßnahmen des Vermögenshaushalts**
- 7 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 8 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen**
- 9 Vergabe von Aufträgen**
- 10 Allgemeine Vorlagen**
- 10.1 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Max-Planck-Realschule, Planckstr.
14, 51145 Porz
1664/2012
(zurückgezogen)
- 11 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2013 1434/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.2 Inanspruchnahme der echten Deckungsfähigkeit im investiven Finanzplan, Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

2.3 Beteiligung an einer Gewerbesteuer-Zerlegung für den Erhebungszeitraum 1986 1006/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.4 Steigende Geburten-, Kinder und Schülerzahlen in Köln lösen erhebliche Mehrbedarfe im Bildungsbereich aus 1158/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.5 Rheinboulevard 1. Quartalsbericht 2013 0917/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ratsmitglied Uckermann verweist auf Anregungen und Kritiken, die aus der Bürgerschaft bezüglich des Vorhabens präsentiert wurden. Er fragt an, ob dieser Dialogprozess inzwischen abgeschlossen sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass es sich bei dieser Mitteilung um einen Statusbericht zum Projekt handele. Die eigentliche Beschlussvorlage solle unter TOP

12.3 in der heutigen Sitzung erörtert werden. Aus dieser ergebe sich, dass die Verwaltung im Dialog mit den Beteiligten (z.B. Bürgerinitiativen, Fördervereinen) stehe und diesen fortführe.

Ratsmitglied Uckermann zeigt sich verwundert, dass ein Teil dieser Diskussion nun in den Medien fortgeführt werde und fragt nach den Ursachen.

Die Verwaltung führt aus, dass dieses Verfahren bereits in der Vergangenheit praktiziert wurde um dieses öffentliche Medium als Verstärker für die eigenen Standpunkte zu nutzen. Inhaltlich wichen diese aber nicht von der in der Beschlussvorlage beschriebenen und im Vorfeld abgestimmten Vorgehensweise ab.

**2.6 Entwicklung des Anordnungssolls der Gewerbesteuer und Branchenaufteilung
1358/2013**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.7 Änderungs- bzw. Zusatzantrag AN/1021/2012 gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates zu TOP 8 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012;
hier: Prüfung der Reduzierung der Stadtbezirke
1196/2013**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ratsmitglied Klipper zeigt sich vom Inhalt der Mitteilung enttäuscht. Diese gebe lediglich den aktuellen Status wieder, ohne mögliche Potentiale zur Verbesserung der zukünftigen Aufgabenerledigung, etwa durch Nutzung des Internets oder ähnliches, aufzuzeigen. Seine Fraktion sehe das dringende Erfordernis nach einer Straffung der Verwaltung. Eine solche Möglichkeit biete eine Verminderung der Stadtbezirke.

Stadtdirektor Kahlen hebt hervor, dass mit dieser Mitteilung kein Statusbericht abgeliefert werde. Die Verwaltung habe bewusst hinterfragt, an welchen Stellen und mit welchen Mitteln Veränderungen vorgenommen werden können. Unabhängig von der Frage einer verstärkten mobilen Kommunikation in der Zukunft, müssten das fallbezogene Aufgabenvolumen, die Overheadkosten sowie der große Kostenblock hinsichtlich möglicher raumorganisatorischer Auswirkungen untersucht werden.

In diesem Zusammenhang müsse er darauf hinweisen, dass drei Objekte langfristig angemietet wurden sowie eine weitere Steigerung der Fallzahlen durch das Wachsen der Bevölkerung zu erwarten sei. Im Ergebnis ergebe die Prüfung des Antrages, dass durch eine Zusammenlegung der Bezirke keine namhaften Beträge eingespart werden könnten.

Ratsmitglied Klipper bedauert dieses Ergebnis. Eine sachgerechte Prüfung des Antrages bedeute, dass die in den Bezirken vorhandenen Strukturen einer umfassenden Prüfung unterzogen würden. Dies scheine unterblieben zu sein. So könnten schon viele Aufgaben im Bereich des Pass- und Meldewesens zusammengefasst oder papierlos erledigt werden. Insofern erwarte er ein Umdenken bezüglich der zukünftigen Aufgabenerledigung.

Stadtdirektor Kahlen verdeutlicht, dass sich die Verwaltung dauerhaft mit der Problematik beschäftigt. Vor diesem Hintergrund erinnert er an die Rückführung von Verwaltungsaufgaben oder die aktuelle Reduzierung der Portokosten im Zusammenhang mit dem Ausbau von E-Gouvernement.

2.8 Hochwasserschutzkonzept Köln - Planfeststellungsabschnitt 10 Retentionsraum Worringer Bruch 1297/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.9 Überprüfung der städt. Mitgliedschaften 1299/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ratsmitglied Frank erinnert daran, dass die Verwaltung einem Auftrag des Rates nachgekommen sei und eine umfangreiche Datei vorgelegt habe, welche sämtliche Mitgliedschaften der Stadt Köln enthalte. Da die jeweilige Überprüfung dieser Mitgliedschaften mit einem größeren Aufwand verbunden sei, regt er an, zunächst den für die einzelnen Mitgliedschaften zuständigen Teilen der Verwaltung sowie den zuständigen Fachausschüssen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Eine Zusammenfassung dieser Ergebnisse könne dann dem Finanzausschuss vor der Sommerpause zugeleitet werden.

Frau Stadtkämmerin Klug sagt dies zu.

Ratsmitglied Breite weist darauf hin, dass nach den Ausführungen der Verwaltung einige Mitgliedschaften nicht beendet werden könnten, da ansonsten den Vereinen die Existenz oder die finanzielle Basis entzogen würde. Seine Fraktion könne diese Begründung nicht nachvollziehen.

Insofern stelle sich die Frage, ob das Kriterium „Kündigung der Mitgliedschaft gefährdet die Existenz des Vereins“ maßgeblich für eine Entscheidung sein dürfe, ob eine städtische Mitgliedschaft weiter aufrechterhalten werde.

Der Ausschussvorsitzende hält diese Form der Darstellung für hilfreich, damit dieses Kriterium in der möglichen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden könne.

Frau Stadtkämmerin Klug bestätigt, dass dieser Punkt nur nachrichtlich in die Auflistung aufgenommen wurde und kein Entscheidungskriterium darstelle.

Die Erörterung über die einzelnen Mitgliedschaften bleibe den Fachausschüssen vorbehalten.

2.10 Bericht zur Sanierung Bühnen Köln 1472/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

2.11 Stand der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse 1397/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Stadtkämmerin Klug nimmt die Mitteilung zum Anlass, um über den aktuellen Verfahrensstand zu berichten, da seit dem Beginn der Umstellung des Rechnungswesens im Jahr 2008 bereits ein längerer Zeitraum vergangen sei. Dies liege nicht im Verschulden der Verwaltung, sondern ergebe sich zum einen aus der Natur der Sache als auch aus den damit verbundenen umfangreichen und sorgfältigen Arbeiten zur Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie den einzelnen Jahresabschlüssen. Hinzukomme, dass die formale Abarbeitung in den Kommunen sehr unterschiedlich gehandhabt werde. Köln gehöre hier zu denjenigen Großstädten, welche einen längeren Zeitraum für die buchhalterische Aufarbeitung der Daten aus den einzelnen Verwaltungsteilen benötigten. Zwischenzeitlich sei dies in 2012 mit der Entscheidung über die Eröffnungsbilanz erreicht worden. Die Gemeindeprüfungsanstalt habe die Bilanzprüfung ebenfalls abgeschlossen. In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt sei nunmehr das Verfahren für die noch vorzunehmenden Korrekturen festgelegt worden. Diese Nachkorrektur der Eröffnungsbilanz werde im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2010 vorgenommen. Diesem Abschluss komme daher eine besondere Bedeutung zu. Die Jahresabschlüsse der Jahre 2008 und 2009 würden aufgrund einer gesetzlichen Änderung und nach Abstimmung mit der Kommunalaufsicht sowie dem Rechnungsprüfungsamt einem verkürzten Verfahren unterzogen.

Auf der Basis des vollständigen Abschlusses für 2010 werde dann der Jahresabschluss für 2011 erstellt. Derzeit arbeite die Verwaltung an den Ausgangspunkten des Jahresabschlusses 2010. Ergänzend hierzu werde die Kommunalaufsicht über den Stand der Arbeiten unterrichtet. Begleitend zu diesem Verfahren werde eine quartalsmäßige Berichterstattung an den Finanzausschuss erfolgen.

Ratsmitglied Klipper bedankt sich für die schriftlichen Ausführungen der Verwaltung. Er fragt nach, ob ein Zeitrahmen für den Fortgang der Arbeiten erstellt werden könne.

Frau Stadtkämmerin Klug sagt eine weitere Berichterstattung vor der Sommerpause zu. Zu diesem Zeitpunkt sei auch eine genauere Aussage über den zeitlichen Ablauf möglich. Darüber hinaus habe sich die Verwaltung aufgrund der Bedeutung und der Festlegungen in den anstehenden Abschlüssen ent-

schlossen, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Beurteilung der Daten hinzuzuziehen.

Ratsmitglied Frank hält es für vorteilhaft, bezüglich der Abschlüsse bis zu den Jahren 2011 noch den amtierenden Rat zu erreichen. Er fragt unter Hinweis auf den von der Aufsichtsbehörde vorgegebenen Termin an, ob dies gewährleistet sei.

Frau Stadtkämmerin Klug hält den Abschluss der Vorarbeiten für möglich.

Ratsmitglied Breite hält das Datum 31.12.2013 für verbindlich. Zudem fragt er an, ob der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zur Eröffnungsbilanz nur dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werden solle, obwohl er auch hauswirtschaftlich von Bedeutung sei.

Der Ausschussvorsitzende bittet, dass auch der Finanzausschuss in die Vorbereitung des Berichtes zur Eröffnungsbilanz eingebunden wird.

- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten sowie Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Mitteilungen über Kostenerhöhungen gemäß § 24 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln**
- 7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**

**7.1 Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung zur Gewährung von städtischen Zuschüssen zu Baumaßnahmen
hier: FC Rheinsüd 2010
0241/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 573.448,00 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung, Zeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen (Sportpauschale), Hj. 2013 zur Gewährung eines städtischen Zuschusses an den FC Rheinsüd Köln 2010 zur Errichtung eines Vereinsheims auf der Bezirkssportanlage „Sürther Feld“ in Köln-Sürth. Die Freigabe erfolgt unter Wahrung der Regelungen des § 82 GO NW, da es sich um die Verwendung vollständig refinanzierter Mittel aus der Sportpauschale handelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**7.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 216 Parkscheinautomaten
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle
6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0451/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.080.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2013. Die Voraussetzungen gemäß §82 Abs. 1 Gemeindeordnung (vorläufige Haushaltsführung) liegen vor, da die Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung zwingend notwendig sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimme der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**7.3 Fertigstellung der Kanalufersanierung am Stadtwaldweiher
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
0508/2013**

Die Verwaltung teilt mit, dass die Bestimmungen zur vorläufigen Haushaltsführung, wie in der Vorlage auf Seite 3 aufgeführt, erfüllt sind.

Sie schlägt daher vor in der Fassung der Verwaltungsvorlage und nicht in der abweichenden Fassung des Ausschusses Umwelt und Grün zu beschließen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Fassung der Verwaltungsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen des Bürgerhaushaltes die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Teilergebnisplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 13 / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2013 in Höhe von 550.000,00 EUR für die Ufersanierung des Stadtwaldkanals.

Er beschließt ferner die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 / Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6700-1301-0-7030 / Sanierung Parkgewässer, Hj. 2013 in Höhe von 25.000,00 EUR.

Die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 (1) GO NW sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7.4 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplans hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle : 6601-1201-0-6605 Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen. 0868/2013

Dieser Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

9.1 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Teilplan 0211 - Wahlen im Haushaltsjahr 2013 1376/2013

Ratsmitglied Frank schlägt vor, die kurzfristig als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Uckermann bezüglich der zusätzlichen Brandschutzmaßnahmen teilt Stadtdirektor Kahlen mit, dass es sich hierbei um eine Forderung der Bauaufsicht im Zusammenhang mit den zusätzlichen Flächen für den stetig zunehmenden Briefwahlanteil handelt. Zudem stehe kein alternativer Standort für die Briefwahlbezirke zur Verfügung.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

10 Außerplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen und Auszahlungen

11 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 (1), § 83 (1) und § 85 (1) der Gemeindeordnung NRW über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und – verpflichtungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

12.1 Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojekts "Wallraf - der Museumsbus" bis 31.10.2013 0823/2013

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung zur Finanzierung einer Stelle Museumspädagoge/in VGr. II h.D. BAT (E13 TVöD) beim Museumsdienst der Stadt Köln zur Fortführung des museumspädagogischen Sonderprojektes „Wallraf - Der Museumsbus“ bis zum 31.10.2013. Die Finanzmittel stehen zur Verfügung im Teilplan 0411, TPZ 11 – Personalaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.2 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln
2957/2012**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Neufassung des Vertrages zwischen der Stadt Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über die Förderung des Arbeitsfelds allgemeine Verbraucherberatung der Verbraucherberatungsstelle in Köln zu und beauftragt die Verwaltung den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.3 Rheinboulevard - Teilbereich II: Ufertreppe und Boulevard
hier: Umplanung Teilbereich Boulevard
4194/2012**

Ratsmitglied Frank verweist auf eine Empfehlung der Bezirksvertretung Innenstadt hinsichtlich des Projektes „Historischer Park“ und fragt nach, vor welchem Hintergrund diese gefasst wurde und ob die Förderfähigkeit tangiert werde.

Die Verwaltung merkt an, dass die Bezirksvertretung damit nochmals die Eigenständigkeit des Projektes unabhängig von der Maßnahme Rheinboulevard verdeutlichen wolle. Hinsichtlich der Förderfähigkeit gebe es bisher nur einen ablehnenden Bescheid bezüglich einer Durchführung im Rahmen des Rheinboulevards. Ein eigenständiger Förderantrag sei bisher noch nicht gestellt worden.

Ratsmitglied Uckermann geht davon aus, dass diese beiden Projekte in Konkurrenz zueinander stehen. Dies zeige sich auch an der Vorgehensweise bezüglich der vorhandenen Bodendenkmäler. Insofern befürchte er, dass eine Realisierung des Historischen Parks nach der Fertigstellung des Rheinboulevards nicht mehr möglich sei.

Die Verwaltung widerspricht dieser Sichtweise. So zeige die Anlage zu dieser Beschlussvorlage, dass es möglich sei beide Vorhaben zu realisieren. Zudem sei es durch die historischen Funde auch zu keinen zeitlichen Verzögerungen gekommen, da dieses historische Baufeld vorab bekannt gewesen sei. Ferner werde im Bereich des Rheinboulevards aufgrund der historischen Funde eine Umplanung durchgeführt, welche mit Mehrkosten verbunden sei. Dies habe keine Auswirkungen auf die Umsetzbarkeit des Projektes „Historischer Park“. Im Grundsatz gebe es daher auch keinen großen Dissens zwischen allen Beteiligten und der Stadt Köln.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umplanung Teilbereich Boulevard (Anlage I und I b) im Rahmen des Projektes Rheinboulevard umzusetzen. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten in Höhe von insgesamt rd. 940.000 € werden in Höhe von rd. 360.000 € im Rahmen der investiven Gesamtfinanzierung bei Finanzstelle 6700-1301-1-9730 / Regionale 2010 – Rheinboulevard aufgefangen. Die konsumtiven Mehraufwendungen in Höhe von rd. 580.000 € müssen im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Hpl.-Entwurf 2013/2014 für die Jahre 2015 und 2016 im Teilergebnisplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen zusätzlich bereitgestellt werden. Des Weiteren müssen konsumtive Aufwendungen in Höhe von 32.000 € für Anmietungen während der Bauphase im o. g. Veränderungsnachweis veranschlagt werden.

Der Rat nimmt das Ergebnis der Planungen zum Historischen Park Deutz zur Kenntnis (Anlage II). Eine Realisierung des Historischen Parks ist erst nach gesicherter Finanzierung möglich.

Der Rat begrüßt die Planungen zum Wegfall der bestehenden Parkplätze rheinseitig des Landeshauses sowie deren Verlagerung und die Gestaltung der frei werdenden Fläche als Rasenfläche und beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage des Entwurfs S. 27 der Anlage 1, Verhandlungen mit dem Landschaftsverband Rheinland aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimme der Fraktion pro Köln - zugestimmt

**12.4 Weiterführung Kindertagesstätte Escher Straße 152
0736/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, ggf. auch ohne Landesmittel, die Kindertageseinrichtung Escher Straße 152 – nach Auszug der derzeitigen Auslagerung – als eigenständige Einrichtung in städtischer Trägerschaft weiter zu führen.

Die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Stellen sind zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 114.400 € zur Beschaffung der Erstausrüstungen aus dem Teilfinanzplan 0603, Kindertagesbetreuung bei Finanzstelle 5100-0603-0-1000, Kindergartenprogramm (U3), Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen im Haushaltsjahr 2013 im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Liquidation der RC Data
0945/2013**

Ratsmitglied Klipper bemängelt den langen Zeitraum der geschäftlichen Inaktivität der Gesellschaft und die recht späte Entscheidung bezüglich deren Liquidation.

Frau Stadtkämmerin Klug teilt diese Einschätzung.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Liquidation und Beendigung der RC Data GmbH einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.6 Koelnmesse GmbH
hier: Entnahme aus der Kapitalrücklage
0793/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln ist damit einverstanden, dass zum vollständigen Ausgleich des zu erwartenden Bilanzverlustes des Geschäftsjahres 2012 der Koelnmesse GmbH Rücklagen der Gesellschafterin Stadt Köln in Höhe von voraussichtlich 25.388 Tsd. € aufgelöst werden. Die exakte Höhe der erforderlichen Rücklagenentnahme ergibt sich erst aus dem testierten Jahresabschluss 2012.

Ferner ermächtigt er den Gesellschaftervertreter der Stadt Köln, in der Gesellschafterversammlung der Koelnmesse GmbH entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimme der Fraktion pro Köln - zugestimmt

12.7 Vergabe von Bauüberwacher-, Bauoberleitungs- und Sachverständigenleistungen für die Generalsanierung des Tunnels Grenzstraße 0932/2013

Ratsmitglied Frank verweist auf den Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes, wonach es sinnvoll sein könnte, für diese wiederkehrende Aufgabe eigenes Personal einzustellen.

Die Verwaltung teilt mit, dass für künftige Projekte diese Möglichkeit geprüft und hierfür eine Projektgruppe eingerichtet werde. Diese komme aber wegen der bestehenden Terminplanung zur Sanierung des Tunnels Grenzstraße nicht mehr zum Tragen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf eines Gesamtauftrages für externe Bauüberwacher, Bauoberleitung und Sachverständige in Höhe von brutto ca. 1.338.000 EURO fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des europaweiten VOF- Vergabeverfahrens. Die Beauftragung und Abwicklung der Leistungen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2013/2014, im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, einschließlich Finanzplanung bis 2016 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.8 Kölner Sportstätten GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 1086/2013

Ratsmitglied Klipper bittet, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Ratsmitglied Uckermann erhebt hiergegen Bedenken.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

12.9 Einleitung eines Satzungsverfahrens zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft "IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)" und Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) 1133/2013

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt den Antrag auf Einrichtung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) Kalker Hauptstraße (Anlage 1 und 1.1) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt die Einleitung eines Satzungsverfahrens nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW, Anlage 2) zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft „IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, nach Beteiligung der Eigentümerinnen, Eigentümer und Erbbauberechtigten im Projektgebiet gemäß § 3 Abs. 2 ISGG NRW im Falle einer Widerspruchsquote von weniger als 25 % und nach dem Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 4 ISGG NRW den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft „IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“ in der Fassung der Anlage 3 abzuschließen.
4. Der Rat nimmt den Entwurf einer Satzung zur Festlegung des Gebietes für die Immobilien- und Standortgemeinschaft „IG Kalker Hauptstraße Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“ und zur Erhebung von Abgaben nach dem ISGG NRW (Anlage 4) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, nach Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages die Satzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.10 Markenprozess Köln 1141/2013

Ratsmitglied Uckermann spricht sich gegen die Vergabe der Dienstleistung an Dritte aus.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung

1. den Markenprozess Köln zunächst als befristete Aufgabe der Wirtschaftsförderung zu implementieren und fordert die Verwaltung auf, die erforderlichen Strukturen für das Marken-Managementsystem einzurichten.

2. die Einrichtung einer für zwei Jahre befristeten Mehrstelle in der Wertigkeit städtischer Verwaltungsrat, BGr. A13 h. D. vergleichbar VA, Vgr. II, Fg. 1a BAT für das operative Management des Markenprozesses beim Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Standortmarketing.
Für die unterjährige Aufgabenwahrnehmung wird eine verwaltungsinterne Verrechnung zur Verfügung gestellt.
Die entsprechenden Aufwendungen werden im Teilergebnisplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus aus Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - in Teilplanzeile 11 - Personalaufwendungen – im Rahmen der Bewirtschaftung umgeschichtet.
3. Die Verwaltung wird gebeten, vor Ablauf von 2 Jahren einen detaillierten Erfahrungsbericht vorzulegen und eine Empfehlung für das weitere Vorgehen auszusprechen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und pro Köln - zugestimmt

**12.11 Amt für Informationsverarbeitung: Stellenbedarfe 2013
1345/2013**

Ratsmitglied Frank fragt nach, ob die von der Verwaltung zur Kostenreduzierung vorgeschlagene interkommunale Zusammenarbeit, z.B. mit der Stadt Düsseldorf, geprüft wurde.

Die Verwaltung antwortet, dass vor dem Hintergrund der bestehenden Umsatzsteuerproblematik Zusammenschlüsse mit anderen Kommunen derzeit praktisch ausgeschlossen werden können. Dies sei kein alleiniges Problem der Stadt Köln, daher sei dem Innenministerium der Vorschlag unterbreitet worden, auf Landesebene einen erweiterten Rechtsrahmen für Verwaltungsgemeinschaften zu entwickeln.

Sobald wie möglich werde hierzu ein Sachstandsbericht in den Fachausschuss eingebracht.

Beschluss:

Der Finanzausschuss stimmt der Einrichtung der im Stellenplan aufgeführten 35,5 IT-Stellen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**12.12 Abschluss einer neu gefassten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bearbeitung von Beihilfeangelegenheiten für die Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln
0481/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erklärt sein Einverständnis zum Abschluss der Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (vgl. Anlage) zwischen der Gemeinde Nettersheim und der Beihilfekasse der Stadt Köln zur Übernahme von Beihilfeangelegenheiten der Gemeinde Nettersheim durch die Beihilfekasse der Stadt Köln.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Aufsichtsbehörde oder aus sonstigen Gründen Änderungen des in der Anlage beigefügten Entwurfs der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimme der Fraktion pro Köln- zugestimmt

**12.13 Anregungen der Bezirksvertretungen gem. § 37 Abs. 4 GO
1400/2013**

Ratsmitglied Frank schlägt vor, diese in die Haushaltsplanberatungen des Rates zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13 Mündliche Anfragen

Ratsmitglied Uckermann bezieht sich auf die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland und fragt an, wie die Erwartung zu deren Entwicklung in den Jahren 2013 und 2014 sei und wie dies mit der zu beschließenden Haushaltsatzung für die Stadt Köln in Beziehung stehe.

Darüber hinaus solle die Stadt Köln eine Kostenerstattung des Landschafts-

verbandes in Höhe von etwa 1,5 Mio. Euro für Leistungen im Bereich des betreuten Wohnens erhalten, die unrichtigerweise von der Stadt finanziert wurden. Daher habe die Verwaltung mitgeteilt, dass die im Bereich der Bürgerhäuser vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen werden könnten. Zudem interessiere ihn, seit wann die Verwaltung über den Umstand informiert war, dass der LVR Kostenträger für die betreffenden Maßnahmen sei.

Frau Beigeordnete Reker beruft sich auf die in der unter Tagesordnungspunkt 2.1 vorliegende Mitteilung, in der eine Ergebnisverbesserung von 900.000 Euro ausgewiesen werde. Dieser Betrag sei auch in der Sitzung des Integrationsrates benannt worden.

Ratsmitglied Breite bezieht sich auf Presseveröffentlichungen in denen ebenfalls über Kompensationszahlungen des LVR an die Stadt Köln berichtet wurde und diese für eine Freistellung der Bürgerhäuser verwendet würden.

Ratsmitglied Uckermann erfragt weiterhin, ob die Frage der Kostenerstattung abschließend geklärt sei und um welchen Zeitraum es gehe.

Frau Beigeordnete Reker betont, dass sie lediglich von einer Ergebnisverbesserung berichtet habe, ohne den nunmehr im Raume stehenden Betrag von 1,5 Mio. Euro zu erwähnen. Zudem beabsichtige die Verwaltung den politischen Gremien vorschlagen, diese als Entlastung für die Bürgerhäuser zu verwenden.

Frau Stadtkämmerin Klug führt ergänzend aus, dass alle derzeit bekannten Informationen zur Landschaftsumlage bei der Aufstellung des Haushaltes für die Jahre 2013/2014 berücksichtigt wurden.